



Doris von Sayn-Wittgenstein

Abgeordnete im schleswig-holsteinischen Landtag
Landeshaus - Düsternbrooker Weg 70 - 24105 Kiel
Email: sayn@wittgenstein.ltsh.de

P R E S S E M I T T E I L U N G 2/2020

Kiel, den 21. Januar 2020

Linke können sich austoben

Gewalt gegen Studentenverbindungen nimmt zu – Landesregierung ahnungslos

„Mit Farbe und Steinen: Angriff auf Lübecker Burschenschaftler“, melden die „Lübecker Nachrichten“ am 17. Januar 2020 (vgl. <https://www.in-online.de/Lokales/Luebeck/Angriff-auf-Burschenschaftler-der-Berolina-in-Luebeck>). Erneut wurde eine studentische Verbindung Opfer politisch motivierter Gewalt von links.

Allein in Hessen hat die Polizei von 2010 bis 2018 insgesamt 18 gewaltsame Übergriffe gegen Verbindungsstudenten registriert. In 15 Fällen stellten die Behörden die Strafverfahren gegen die mutmaßlichen Gewalttäter ein. Zu Verurteilungen zu Geldstrafen kam es gerade einmal in zwei Fällen. Dies geht aus einer Antwort des hessischen Innenministeriums auf eine Kleine Anfrage der AfD-Fraktion hervor.

Von den 18 Gewalttaten stuften die Sicherheitsbehörden demnach 17 als politisch links motiviert ein. Allein in Marburg kam es zu 14 Attacken auf Verbindungsstudenten. Die meisten Angriffe richteten sich gegen Mitglieder von Burschenschaften. Insgesamt gab es in dem Zeitraum 133 Straftaten gegen Studentenverbindungen, zumeist Sachbeschädigungen.

Auch in anderen Bundesländern kam es in den letzten Jahren immer wieder zu Attacken auf studentische Korporationen. Der nun bekannt gewordene Gewaltakt gegen das Korporationshaus der Lübecker Burschenschaft Berolina Mittweida – die Fassade wurde mit Farbe beschmiert, Scheiben mit Steinen eingeworfen – reiht sich in die Riege linksextremer Überfälle auf Studentenverbindungen ein.

Umso beschämender ist es, daß die schleswig-holsteinische Landesregierung in ihrer Antwort auf eine Anfrage der Landtagsabgeordneten Doris v. Sayn-Wittgenstein ihre Ahnungslosigkeit auf diesem Gebiet eingestehen muß. Die Antwort auf die Kleine Anfrage „**Politisch motivierte Straftaten gegen Studentenverbindungen**“ (Drucksache [19/1834](#)), konkret auf die Nachfrage, ob es „statistische Erhebungen des

Landes Schleswig-Holstein über Gewalt gegen Studentenverbindungen und deren Mitglieder“ gibt, lautet: „Nein. Entsprechende Daten liegen der Landesregierung weder statistisch aufbereitet vor, noch lassen sie sich im Sinne der Fragestellung aus den Daten der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) generieren.“

Hierzu die Abgeordnete v. Sayn-Wittgenstein: „Wie aussagekräftig ist ein Verfassungsschutzbericht, der linke Gewalt überhaupt nicht erfaßt? Hat die Landesregierung kein Interesse an der Aufklärung von Gewalt gegen Studenten?“